AUFRÜSTUNG FÜR DIE SICHERHEIT IN EUROPA

Internet, Energieknappheit, Klimawandel und Transportsicherheit sind die zukünftigen Risiken der staatlichen inneren Sicherheit.

[von Eric von Lanten]

▲ *Kampf gegen den Terrorismus.*

▲ *Die Sondereinheit SIPA.*

Der M.A.D.R.I.D. Report

Die EU-Präsidentschaft ortet Handlungsbedarf bei den EU-Verfolgungsbehörden. Man möchte aufrüsten, technisch und personell. In einem brisanten Dokument werden Trendanalysen der EU-Agenturen Europol, Eurojust und Frontex analysiert und zusammengefasst. Das Papier zu Händen der EU-Kommission «Justiz und Inneres» soll warnen, zum Handeln auffordern, doch liegt es irgendwie quer in der Landschaft. Die zugrunde liegenden Analysen zeigen weitgehend rückläufige Trends bei als «kritisch» eingeschätzten Problembereichen. So gehen als «Terrorismus» klassifizierte Anschläge zurück, ebenso können immer weniger Migranten die Aussengrenzen der EU überwinden. Vor Malta sind illegale Grenzübertritte (von Papierlosen) um 83 % gesunken. Aber auch die Gefühlslage beim subjektiven Sicherheitsempfinden der Bürger in der EU ist, gemäss der neuesten Eurobarometer-Umfrage (siehe News), mit ganz anderen Problemen belastet als der Kriminalität. Nur gerade 8 % der EU-Bürger betrachten die Kriminalität als eines der Hauptrisiken in der EU.

Weil die Aufrüstung der EU-Verfolgungsbehörden also zunehmend, gemessen am Fokus der EU-Bürger, an Legitimität verliert, soll die innere Sicherheit in den Bereichen Kinderpornographie bis Klimawandelung genauer beleuchtet werden.
Zusammengefasst liegen die Überlegungen als «M.A.D.R.I.D. Report» für eine Debatte bei der EU-Kommission für «Justiz und Inneres». Das Dokument soll auf «kurze und mittlere Sicht» Prioritäten für die EU und den Ständigen Ausschuss des Rates für die innere Sicherheit (COSI) aufzeigen.

Was sind also die Prioritäten zukünftiger Bedrohung, die offensichtlich von der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden, den Hütern der inneren Sicherheit aber zunehmend Sorgen bereiten?

Nur gerade 8 % der EU-Bürger betrachten die Kriminalität als eines der Hauptrisiken in der EU.

Terrorismus

Aufgrund zurückgehender Zahlen terroristischer Anschläge rückt die «extremistische Gewalt» ins Blickfeld der Sicherheitsstrategen. Gemeint ist die baskische ETA, aber auch «dissidente Aktivitäten» in Nordirland. Hinzu kommen «eskalierende Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksgerichteten extremistischen Gruppen», die eine «Wahrscheinlichkeit, dass Gemeinschaften systematischer Gewalt ausgesetzt sind?» erhöhen würden. Zudem wird die Europäische Union von Hai-Kaida und Islamic Maghreb vermehrt als Rückzugsort genutzt, um überall auf der Welt Anschläge vorzubereiten. Ausserdem wird die EU heimgesucht von reisenden Islamisten auf ihrem Weg in «Trainingscamps», zum Beispiel nach Afghanistan, Pakistan und Somalia. Unter Beobachtung steht auch die kurdische PKK. – Der EU-Terrorismus-Koordinator Gilles de Kerchove versorgte den EU-Rat und ein Dutzend Arbeitsgruppen der EU für «Justiz und Inneres» vor wenigen Wochen mit einer nicht-öffentlichen Mitteilung, deren Inhalte aufhorchen lassen. Er sieht die Transportsicherheit als zentrales Risiko und empfiehlt, auch Schienen- und Strassenverkehr zukünftig stärker gegen terroristische Aktionen zu schützen. Der Terrorismus-Koordinator wünscht sich zudem mehr Datentausch mit den USA, wofür diese umfassend mit «relevanten Projekten» von Europol verbunden werden und

▲ *Umfangreiche Drogen-Sicherstellung.*

▲ *Cybercrime.*

vollen Zugriff auf deren Analysedatenbanken erhalten sollen.

Organisierte Kriminalität
Die organisierte Kriminalität hat sich bequem in den «Möglichkeiten, die eine moderne Gesellschaft bietet», eingerichtet. Vor allem dank dem Internet, das der «multidimensionalen kriminellen Aktivität» enorme Möglichkeiten bietet. Rund 5 % des weltweit erwirtschafteten Bruttosozialprodukts gehen bereits auf das Konto der organisierten Kriminalität. Auf EU-Ebene schätzt man allein den Drogenhandel auf hundert Milliarden Euro jährlich, der Verlust an Steuereinnahmen liegt in etwa bei der gleichen Summe. Weitere Risiken sind Zigarettenschmuggel und Produktpiraterie, die als «ernsthafte Bedrohung von innerer Sicherheit, Handel und Wirtschaft» gelten. Hinzu kommen Mafiaorganisationen, die 2009 in Europa über ein Budget von geschätzten 135 Milliarden Euro verfügt haben. Nach Zahlen der Weltbank sind dies allerdings Peanuts im Vergleich zur Korruption. 1–2 Billionen Dollar verschwinden jährlich weltweit in undurchsichtigen Kanälen nicht zuletzt in denen der Rüstungsindustrie, wie gegenwärtig im Fall des italienischen Giganten Finmeccanica offensichtlich wird. Damit ist die EU nicht gerade ein leuchtendes Beispiel. Immerhin machen sich 78 % der EU-Bürger Sorgen wegen der zunehmenden Korruption.

Auf EU-Ebene schätzt man allein den Drogenhandel auf hundert Milliarden Euro jährlich, der Verlust an Steuereinnahmen liegt in etwa bei der gleichen Summe.

▲ *Am Tatort.*

Cyber-Kriminalität
Das Internet ist zwar das Instrument globaler Kommunikation und Entwicklung, ein Werkzeug zur Identifikation und gleichzeitig gewichtigste private und geschäftliche Informationsquelle, Marktplatz, Personalbeschaffungsstelle oder Grundlage für Finanzdienstleistungen. Kopfzerbrechen machen die Schattenseiten, etwa die Möglichkeit der Informationsbeschaffung für «offline organised criminality», darunter Drogenverarbeitung und -handel, Menschenhandel, Pornografie, Geldwäsche, Produktfälschung, Geldfälschung und illegaler Waffenhandel. Problematisch ist die Anonymität im WWW, denn Verschlüsselungstechniken und Internet-Telefonie werden zunehmend durch das organisierte Verbrechen genutzt und unterwandern damit Strafverfolgung und Überwachung.

Nebst der starken Zunahme von kinderpornographischen Webseiten gehen auch Bedrohungen von terroristischen Gruppen aus, die das Netz für Propaganda, Radikalisierung, Rekrutierung oder «virtuelle Trainingscamps» nutzen. Auch «extremistische Gruppen» weiten zunehmend ihre zuvor lokal begrenzten Aktivitäten durch das Internet aus. Ein sogenannter «digital underground» ist Tummelplatz für gestohlene Personen- und Finanzdaten, für «Phishing, Pharming, Datenspionage, Malware-Distribution und Hacking von Firmendatenbanken» und Datenflughafen für grosse Bootnetz.

Grenzkontrolle
Der Bericht zeigt Zusammenhänge von «illegaler Migration, Menschenhandel und KFZ-Diebstahl» auf. Die «wachsende Unsicher-

▲ *Ein Grenzwachthund mitsamt kompletter Ausrüstung.*

▲ *Bei der Grenzkontrolle.*

▲ *Die Grenzwacht-Helikopter im Einsatz.*

▲ *Der Eurofighter Spain Crossline.*

heit» entsteht aus dem «Rückgang von Sicherheit und der ökonomischen Situation in Zweit- und Drittweltstaaten», vor allem in Afrika, dem Mittleren Osten und dem Kaukasus. Ein stetiges Risiko sind dabei weiterhin die Fälschung und Missbrauch von Reisedokumenten, was nicht zuletzt zu «frustrierenden» Abschiebungsprozeduren führt. Auch legale Einreisen aus Drittweltstaaten werden vermehrt problematisch, da sie zum längeren Verweilen einladen könnten. Ein auf Migration bezogener «erhöhter Druck» wird an den östlichen Landesgrenzen, südlichen Seegrenzen und der «Balkan-Route» konstatiert, der allerdings durch Kooperationsabkommen mit «Schlüssel-Transit-Drittländern» gebremst werden kann. Neben den Kanarischen Inseln und Nordafrika wird vor allem die Türkei als Partner der Migrationsabwehr zunehmend wichtiger, die angesichts stetig hochgerüsteter EU-Grenzen zum zentralen Transitland hauptsächlich nach Griechenland wird. Nach den vorliegenden Statistiken wurden 2009 rund 75 % aller entdeckten illegalen Grenzübertritte in Griechenland verzeichnet.

Neue Risiken

Der «M.A.D.R.I.D. Report» warnt ebenso vor «natürlichen und menschengemachten Katastrophen», deren steigende Risiken sowohl geographisch bestimmt sind als auch vom Klima abhängen. Technologie und Wissen können technologische Risiken provozieren oder erst ermöglichen, der Klimawandel indes natürliche Katastrophen begünstigen. Südliche Mitgliedstaaten sind zunehmend von Erdbeben und Waldbränden betroffen, während nördliche eher überflutet werden, Wirbelstürme zu bewältigen haben oder im Schnee versinken.

Andere «neue Risiken» sind die Energieknappheit oder ein Zusammenbruch der Informations- und Kommunikationstechnologien nebst chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Notfällen (CBRN), die sowohl als Unfall als auch durch «terroristische Angriffe» auftreten können. Die EU arbeitet hierzu an einer umfassenden Risikoanalyse, die durch die EU-Kommission und die Spezialisten der Mitgliedsstaaten bis 2012 fertiggestellt werden soll.

Zusammenarbeit und Kooperation

Grundsätzlich soll aber schon vorher eine «enge Zusammenarbeit von Zivilschutzkräften und Strafverfolgungsbehörden» angestrebt werden. Ebenso soll ein «integrierter Ansatz» zur engen Verknüpfung aller aktiven Organisationen EU-weit angestrebt werden: zwischen den EU-Agenturen, Europol, Eurojust, Frontex und der Anti-Korruptionsbehörde OLAF, aber auch anderen Einrichtungen wie Interpol oder dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

▲ *Die französische Polizei.*

▲ *Das Militär ist zur Stelle.*

Ein stetiges Risiko sind dabei weiterhin die Fälschung und Missbrauch von Reisedokumenten, was nicht zuletzt zu «frustrierenden» Abschiebungsprozeduren führt. Auch legale Einreisen aus Drittweltstaaten werden vermehrt problematisch, da sie zum längeren Verweilen einladen könnten.

Um die «Verbrechensprävention an den Aussengrenzen» zu gewährleisten, soll eine «ausgeklügelte Aufklärung» durch Europol aufgebaut werden. Grenzüberwachung spielt damit in der Zukunft eine Schlüsselrolle im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Hierfür entwickelt die EU unter anderem ein «integriertes Grenzmanagement» mit dem Netzwerk Eurosur, das ab 2014 alle Grenzbehörden, Geheimdienste und zuständigen Polizeistellen vernetzt und mit Aufklärungsdaten unter anderem von Satelliten versorgt werden wird. Das Frontex-Hauptquartier in Warschau soll zentraler Knoten des Eurosur-Netzes werden. Hinzu kommt das geplante «Entry/Exit-System», wodurch der Bestand illegaler Migranten buchhalterisch bestimmt werden kann, um mit entsprechenden Massnahmen zu antworten.

Erste konkrete Massnahmen

Doch damit nicht genug. Die «operationelle Fähigkeit» der EU-Behörden soll weiter flexibilisiert, die Kooperation und Koordination im Schengenraum (auch mit der Schweiz) vorangetrieben werden. Dazu muss die Nutzung von gemeinsamen polizeilichen Datenbanken maximiert werden. Abhilfe gegen falsche Reisedokumente soll der zunehmende Einsatz biometrischer Verfahren bieten, wofür die Beamten in allen Mitgliedstaaten mit mobilen Geräten jederzeit für Kontrollen ausgerüstet sein müssen. Eine umfassende Studie zur «Border Security» soll noch dieses Jahr beginnen.

Um auch Bedrohungen von auswärts besser handhaben zu können, will die EU Schlüsselregionen und -länder benennen, mit denen Massnahmen und -Strukturen verabredet werden, um die innere Sicherheit der EU zu stärken. «Zerfallende Staaten» wurden bereits 2003 mit der European Security Strategy (ESS) als eine der fünf Kernbedrohungen der Europäischen Union markiert und fordern nun auch die innere Sicherheit heraus.

Im Bereich des «Cybercrime» soll die Weiterentwicklung des europäischen «Notice and Takedown Code» vorangetrieben werden, der Provider zur Löschung strafrechtlicher Inhalte zwingen soll. Europol baut hierfür ein Cybercrime-Zentrum auf. Ebenfalls bei Europol arbeitet ein Instrument zur Früherkennung von «Radikalisierung und Gewaltbereitschaft», bezogen auf HAl-Kaida oder mögliche Gipfelgegner.

Sicherheit – gegen das Wissen der eigenen Bürger?

Obschon, wie durch europäische Erhebungen belegt, die Bürger der EU wenig Interesse an innerer Sicherheit zeigen, sehen sich die EU und die staatlichen Organisationen gezwungen, präventiv zu handeln. Mit dem jüngst verabschiedeten Fünfjahresplan, dem «Stockholmer Programm», und dem dazugehörigen, bald entstehenden Aktionsplan hat sich die EU ein Instrument zur Weiterentwicklung der eigenen Justiz- und Innenpolitik geschaffen. Die ebenfalls bald beschlossene «Strategie der inneren Sicherheit» wird zudem die politische Legitimation liefern, um vermehrt «Risiken» auch ausserhalb des Schengenraums zu bekämpfen – entgegen dem Wissen aber für das Wohl der Bürger in Europa.

▼ *Eine Aufklärungsdrohne im Einsatz.*